

-

## **Vorblatt**

### **Ziele**

Ziel 1: Bekämpfung von Zwangsehen und zwangsweise begründeten eingetragenen Partnerschaften  
Ziel 2: Einheitliches Mindestalter für die Eheschließung und die Begründung einer eingetragenen Partnerschaft  
Ziel 3: Wiedereinführung der Klagebefugnis der Staatsanwaltschaft zur Nichtigkeitserklärung einer Ehe/eP bei fehlender Ehe- oder Partnerschaftsfähigkeit

### **Inhalt**

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahmen:

Maßnahme 1: Abschaffung der Möglichkeit, minderjährige Personen für ehefähig erklären zu lassen  
Maßnahme 2: Verbot der Eheschließung und Begründung einer eingetragenen Partnerschaft zwischen Verwandten bis zum vierten Grad der Seitenlinie  
Maßnahme 3: Wiedereinführung der Klagebefugnis der Staatsanwaltschaft zur Nichtigkeitserklärung einer Ehe oder eingetragenen Partnerschaft bei fehlender Ehefähigkeit

### **Wesentliche Auswirkungen**

In den Wirkungsdimensionen gemäß § 17 Abs. 1 BHG 2013 treten keine wesentlichen Auswirkungen auf.

### **Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und andere öffentliche Haushalte**

Aus der gegenständlichen Maßnahme ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den Bund, die Länder, die Gemeinden oder auf die Sozialversicherungsträger.

### **Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union**

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union

### **Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens**

Keine

### **Vereinfachte wirkungsorientierte Folgenabschätzung**

#### **EPaRÄG 2025**

Einbringende Stelle: Bundesministerium für Justiz

Titel des Vorhabens: Ehe- und Partnerschaftsrechts-Änderungsgesetz 2025 – EPaRÄG 2025

Vorhabensart: Gesetz

Inkrafttreten/ 2025  
Wirksamwerden:  
Letzte 2. Mai 2025

Erstellungsjahr: 2025

Aktualisierung:

## **Beitrag zu Wirkungsziel oder Maßnahme im Bundesvoranschlag**

Beitrag zu:

- Wirkungsziel: Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens, insbesondere durch Vorschläge zur Anpassung und Weiterentwicklung des Rechtssystems im Hinblick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse (Untergliederung 13 Justiz - Bundesvoranschlag 2024)
  - o Maßnahme: Maßnahmen zum Schutz von Mädchen und Frauen vor Gewalt

## **Problemanalyse**

### **Problemdefinition**

Das Alter der Ehefähigkeit soll - internationalen Standards und Empfehlungen entsprechend - generell 18 Jahre betragen.

Zwangsehen sollen bekämpft werden - dazu dient auch das Verbot der Eheschließung zwischen Cousin und Cousine.

Die Staatsanwaltschaft soll (wieder) zur Nichtigkeitserklärung einer Ehe oder eingetragenen Partnerschaft bei fehlender Ehe- oder Partnerschaftsfähigkeit klagebefugt sein.

## **Ziele**

### **Ziel 1: Bekämpfung von Zwangsehen und zwangsweise begründeten eingetragenen Partnerschaften**

Beschreibung des Ziels:

Zur Bekämpfung von Zwangsehen soll die Eheschließung minderjähriger Personen in Österreich rechtlich nicht mehr möglich sein. Außerdem soll die Eheschließung und Begründung eingetragener Partnerschaften zwischen Verwandten bis zum vierten Grad der Seitenlinie in Österreich verboten werden.

Umsetzung durch:

Maßnahme 1: Abschaffung der Möglichkeit, minderjährige Personen für ehefähig erklären zu lassen

Maßnahme 2: Verbot der Eheschließung und Begründung einer eingetragenen Partnerschaft zwischen Verwandten bis zum vierten Grad der Seitenlinie

### **Ziel 2: Einheitliches Mindestalter für die Eheschließung und die Begründung einer eingetragenen Partnerschaft**

Beschreibung des Ziels:

Der Unterschied beim Mindestalter zur Begründung einer Ehe und einer eingetragenen Partnerschaft ist sachlich schwer zu rechtfertigen. Es soll daher auch aus diesem Grund eine einheitliche Regelung erfolgen.

Umsetzung durch:

Maßnahme 1: Abschaffung der Möglichkeit, minderjährige Personen für ehefähig erklären zu lassen

### **Ziel 3: Wiedereinführung der Klagebefugnis der Staatsanwaltschaft zur Nichtigkeitserklärung einer Ehe/eP bei fehlender Ehe- oder Partnerschaftsfähigkeit**

**Beschreibung des Ziels:**

Die Nichtigerklärung einer Ehe oder eingetragenen Partnerschaft bei fehlender Ehe- oder Partnerschaftsfähigkeit ist im öffentlichen Interesse, das die Staatsanwaltschaft durch Wiedereinführung der Klagebefugnis der Staatsanwaltschaft wahrnehmen kann.

**Umsetzung durch:**

Maßnahme 3: Wiedereinführung der Klagebefugnis der Staatsanwaltschaft zur Nichtigerklärung einer Ehe oder eingetragenen Partnerschaft bei fehlender Ehefähigkeit

**Maßnahmen****Maßnahme 1: Abschaffung der Möglichkeit, minderjährige Personen für ehefähig erklären zu lassen****Beschreibung der Maßnahme:**

Das Ehefähigkeitsalter beträgt ausnahmslos 18 Jahre.

**Umsetzung von:**

Ziel 1: Bekämpfung von Zwangsehen und zwangsweise begründeten eingetragenen Partnerschaften

Ziel 2: Einheitliches Mindestalter für die Eheschließung und die Begründung einer eingetragenen Partnerschaft

**Maßnahme 2: Verbot der Eheschließung und Begründung einer eingetragenen Partnerschaft zwischen Verwandten bis zum vierten Grad der Seitenlinie****Beschreibung der Maßnahme:**

Das Eheverbot zwischen Verwandten wird ausgedehnt auf Verwandte bis zum vierten Grad der Seitenlinie. Bei der eingetragenen Partnerschaft wird ein entsprechendes Begründungshindernis vorgesehen.

**Umsetzung von:**

Ziel 1: Bekämpfung von Zwangsehen und zwangsweise begründeten eingetragenen Partnerschaften

**Maßnahme 3: Wiedereinführung der Klagebefugnis der Staatsanwaltschaft zur Nichtigerklärung einer Ehe oder eingetragenen Partnerschaft bei fehlender Ehefähigkeit****Beschreibung der Maßnahme:**

Es soll die Rechtslage vor dem 2. Erwachsenenschutz-Gesetz wiederhergestellt werden. Ist eine Ehe oder eingetragene Partnerschaft aufgrund eines Mangels der Ehe- oder Partnerschaftsfähigkeit einer der beiden Ehegatten oder eingetragenen Partner nichtig, so soll wieder auch die Staatsanwaltschaft die Klagebefugnis haben. Gerade im Bereich von Zwangsehen oder zwangsweise begründeten eingetragenen Partnerschaften minderjähriger (aber auch volljähriger) Personen ist regelmäßig ein öffentliches Interesse an der Nichtigerklärung der Ehe/eingetragenen Partnerschaft gegeben, das nur der Staatsanwalt wahrnehmen kann.

**Umsetzung von:**

Ziel 3: Wiedereinführung der Klagebefugnis der Staatsanwaltschaft zur Nichtigerklärung einer Ehe/eP bei fehlender Ehe- oder Partnerschaftsfähigkeit

## **Abschätzung der Auswirkungen**

### **Dokumentinformationen**

Vorlagenversion: V2.024  
Schema: BMF-S-WFA-v.1.11  
Deploy: 2.11.2.RELEASE  
Datum und Uhrzeit: 02.05.2025 12:03:30  
WFA Version: 0.1  
OID: 2670  
A0|B0|E0|G0